

Datum: 10.07.2019
Telefon: 0 233-92724
Telefax: 0 233-25911

Stadtkämmerei
Jahreshaushaltswirtschaft
Haushalt
SKA-HAII-12

Aktuelle Situation in den Bürgerbüros

Bericht zur Beschlussvorlage Nr. 14-20 / V 14875 vom 15.05.2019

Öffentliche Sitzung

Aktuelle Situation in den Bürgerbüros darstellen und schnelle Verbesserungen angehen

Anderungsantrag Nr. 14-20 / A 05385 der der SPD-Stadtratsfraktion vom 15.05.2019

Anderungsantrag Nr. 14-20 / A 05367 der Fraktion Die Grünen – rosa Liste vom 15.05.2019

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 153386

Beschluss des Kreisverwaltungs Ausschusses vom 23.07.2019 (VB)

Öffentliche Sitzung

An das Kreisverwaltungsreferat, Geschäftsleitung

(vorab per Mail an finanzen.kvr@muenchen.de)

Die Stadtkämmerei stimmt der o.g. Sitzungsvorlage nicht zu und empfiehlt dem Oberbürgermeister die Vorlage nicht auf die Tagesordnung zu setzen.

Das Kreisverwaltungsreferat hatte im Rahmen des Eckdatenbeschlusses bereits Stellenausweitungen bei den Bürgerbüros für den Haushalt 2020 angemeldet.

In der o.g. Sitzungsvorlage beantragt jetzt das Kreisverwaltungsreferat die Zuschaltung von weiteren 24,3 Stellen bei den Bürgerbüros für das Jahr 2019.

Die Sitzungsvorlage konterkariert damit das stadtweit gültige Haushaltsplanaufstellungsverfahren und den Eckdatenbeschluss.

Entsprechend dem vom Stadtrat in seiner Vollversammlung vom 21.02.2018 beschlossenen Verfahren zur „Optimierung der Haushaltssteuerung durch den Stadtrat“ ist vorgesehen, dass dem Stadtrat im Juli ein Eckdatenbeschluss vorgelegt wird und die Referate sich im Rahmen der darin enthaltenen Budgetvorgaben bewegen.

In diesem Jahr wird der Eckdatenbeschluss für das Haushaltsjahr 2020 am 24.07.2019 in den Stadtrat eingebracht und vom Stadtrat werden die entsprechenden Budgetvorgaben inklusive Stellenausweitungen getroffen.

Mit der vorliegenden o.g. Sitzungsvorlage und den darin zusätzlich beantragten Stellen für den Kreisverwaltungs Ausschuss am 23.07.2019 läuft das Kreisverwaltungsreferat diesem Verfahren entgegen.

Zusätzlich ist die Unplanbarkeit und Unabweisbarkeit für die Finanzierung der Stellenzuschaltungen bei der Bürgerberatung im Jahr 2019 nicht nachvollziehbar.

Das Kreisverwaltungsreferat gibt an, die Stellenzuschaltungen als „Risikoreserve“ für mögliche IT-Ausfälle und -Störungen im Fachverfahren zu benötigen.

Auch fehlt aus der Sicht der Stadtkämmerei der Nachweis, dass der Bedarf nicht durch bereits bestehenden oder bereits für das Jahr 2019 bewilligte, aber noch nicht besetzte Stellen abgedeckt werden kann.

Die Stadtkämmerei schließt sich dabei den Ausführungen der Stellungnahme des Personal- und Organisationsreferates zu dieser Sitzungsvorlage an.

Wir bitten die Stellungnahme der Sitzungsvorlage beizufügen.

Das Büro des Oberbürgermeisters, das Büro der 3. Bürgermeisterin, das Direktorium D-HAII-V1 (Beschlusswesen) sowie das Revisionsamt erhalten je einen Abdruck der Stellungnahme zur Kenntnis.